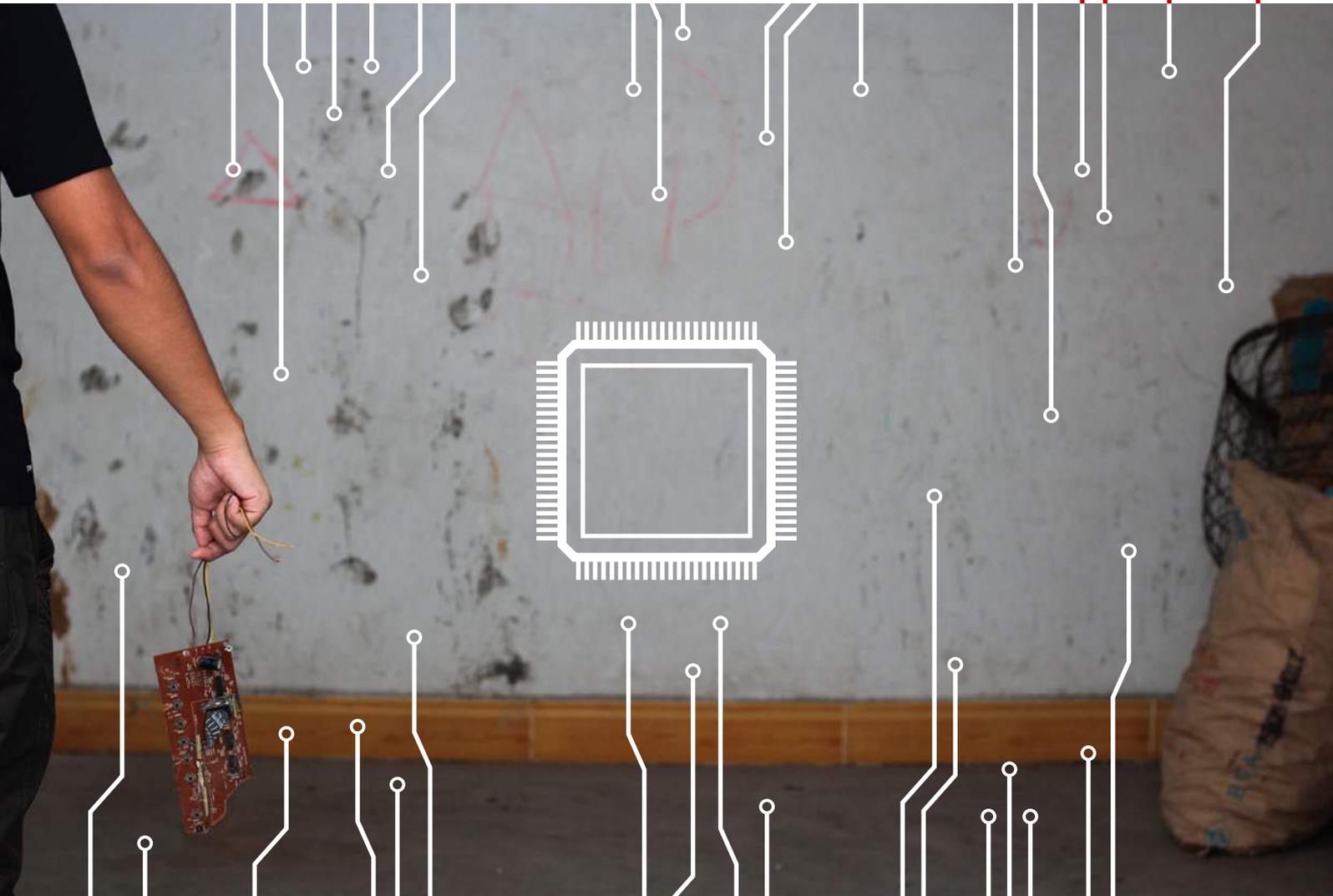


# Elektronik fair produziert?



Aus unserem Alltag sind elektronische Geräte kaum wegzudenken. Morgens starten wir mit dem Läuten eines digitalen Weckers, lesen am Tablet die Morgenzeitung, erledigen mit einem Notebook unsere Büroarbeit, schreiben in der Mittagspause am Handy Nachrichten an Freunde und schauen abends einen Film am neuesten Flachbildfernseher. Doch ist die Welt hinter den Produkten nicht so unproblematisch, wie sie scheint. Durch die fortwährende Reduktion von Produktionskosten entstehen komplexe und intransparente Lieferketten. Das führt zu teils unmenschlichen Bedingungen für die Arbeiter:innen in der Elektronikindustrie.

**In diesem Informationsblatt wird gezeigt, welche Art von menschenrechtswidrigen Arbeitsverhältnissen in welchen Regionen besondere Probleme darstellen und welche Möglichkeiten im Kampf für menschenwürdige Arbeit in der Elektronikindustrie mehr Aufmerksamkeit benötigen.**

Eine Publikation von

**SÜDWIND**

# Elektronik Lieferkette

Die Lieferketten von elektronischen Produkten, wie z.B. Handys oder Computer, erstrecken sich über den gesamten Globus. Die Problemfelder sind vielfältig: Gesundheitsgefährdung durch Chemikalien, extrem hohe Wochenarbeitszeiten, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Unterdrückung von Gewerkschaften.

Die metallischen Rohstoffe für Elektrogeräte stammen zum großen Teil aus Lateinamerika, Asien oder Afrika. Die Arbeit in den Minen ist ein gefährlicher Job, bei dem Unfälle an der Tagesordnung stehen, aber auch chronische Krankheiten häufig die Folge sind.

Menschen werden aufgrund der durch den Bergbau verursachten Umweltschäden vertrieben.

Die Fertigung von Elektrogeräten findet zu großen Teilen in asiatischen Ländern statt. Die Arbeiter:innen sind durch zahlreiche giftige Inhaltsstoffe gefährdet, leiden unter menschenrechtswidrigen Arbeitsbedingungen und werden zu gering entlohnt, wodurch sie oft zu extrem vielen Überstunden gezwungen sind um überleben zu können.

Viele der elektronischen Gerätele landen nach der Nutzung als toxischer Elektroschrott wieder in

den Ländern des Globalen Südens, etwa in Ghana, China oder Indien. Dort werden sie unter gesundheits-schädlichen und gefährlichen Arbeitsbedingungen auseinanderge-nommen. Auch hier erwirtschaften die Arbeiter:innen wenig und sind in ihrer Existenz bedroht.

In diesem Informationsblatt legen wir den Fokus auf die Produktion von Elektrogeräten, analysieren die Problemfelder und zeigen Möglichkeiten im Kampf für menschenwürdige Arbeit in der Elektronikindustrie.

## Soziale Auswirkungen:

### Folgen für die lokale Bevölkerung

- Verlust des Zugangs zu Land, Wasser, Nahrung und Einkommen für lokale Gemeinschaften
- Konflikte innerhalb von Gemeinschaften und Korruption
- Kriminalisierung von politisch engagierten Personen und Demonstrationen
- Menschenrechtsverletzungen und Vertreibung

## Auswirkungen auf Klima & Umwelt

- Biodiversitätsverlust und Zerstörung von sensiblen Ökosystemen
- Übermäßiger Wasserverbrauch, der zur Austrocknung von Böden und Flüssen führt
- Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft mit giftigen Substanzen und Schwermetallen
- Hohes CO<sub>2</sub>-Emissionsaufkommen

## Auswirkungen auf Klima & Umwelt

- Das Design von Produkten, die schwierig zu reparieren und recyceln sind, und die Verwendung von qualitativ schlechten Materialien wirken sich erheblich auf die Umwelt aus.



## Soziale Auswirkungen:

### Schlechte Arbeitsbedingungen

- Informelle Arbeitsplätze und gefährliche Arbeitsbedingungen
- Menschen sind giftigen Substanzen ausgesetzt

## Auswirkungen

### auf Klima & Umwelt

- Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung durch unkontrollierte Müllverwertung
- CO<sub>2</sub>-Emissionen (begrenzt)

## Soziale Auswirkungen:

### Schlechte Arbeitsbedingungen

- Niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und befristete Verträge
- Zwangsarbeit und keine Vereinigungsfreiheit
- Verletzungen von Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz
- Menschen sind giftigen Substanzen ausgesetzt

## Auswirkungen

### auf Klima & Umwelt

- Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser durch die Verwendung von Chemikalien
- Hohes CO<sub>2</sub>-Emissionsaufkommen

# Problemfelder der Elektronikindustrie

Die hier angeführten Probleme sind eine Auswahl an häufig beobachteten Missständen, welche durch die Monitoring-tätigkeit von Electronics Watch bekannt geworden sind. Electronics Watch untersucht seit 2015 aktiv die Arbeitsbedingungen in den Lieferketten der Elektronikindustrie.

-  **Erzwungene Überstunden**  
Arbeiter:innen werden gezwungen Überstunden zu leisten, um überhaupt den Mindestlohn zu erhalten, oder nicht entlassen zu werden.
-  **Zwangspraktika für Studierende**  
Studierende werden gezwungen „Praktika“ in Firmen zu absolvieren, die oft nichts mit ihrer Ausbildung bzw. Studium zu tun haben. Ohne diese Praktika erhalten sie keinen Abschluss.
-  **Beschränkungen des Kündigungsrechts**  
Arbeiter:innen werden gehindert eine Firma zu verlassen, indem sich die Vorgesetzten weigern ihre Kündigungen zu bearbeiten, ihnen die Dokumente für eine Kündigung nicht ausgehändigt werden, oder ihnen das letzte Monatsgehalt nicht ausgezahlt wird.
-  **Täuschung über Löhne und Leistungen**  
Arbeiter:innen werden von Leiharbeitsagenturen angeworben, die Ihnen falsche Versprechungen zu den Löhnen machen und schlechte Arbeitsbedingungen verheimlichen. Ein Ausstieg aus den Verträgen ist danach fast unmöglich.
-  **Schuldknechtschaft**  
Arbeitnehmer:innen müssen sich verschulden um um illegale oder überhöhte Gebühren an Personalvermittler zu bezahlen. Reisedokumente werden abgenommen um eine Rückzahlung der Schulden zu erpressen.
-  **Beschränkungen der Freizügigkeit**  
Wanderarbeiter:innen werden gezwungen in ihrer Freizeit in Fabriken oder Wohnheimen zu bleiben, obwohl es keine gesetzlichen Regelungen dafür gibt. Besonders die COVID-19-Pandemie verschärfte diese Situation.
-  **Staatlich verordnete Zwangsarbeit**  
In China werden ethnische Minderheiten (z.B. Uiguren) zwangsumgesiedelt und gezwungen in Fabriken zu arbeiten, die sie nicht verlassen dürfen.
-  **Migrantische Beschäftigte**  
Es werden bewusst ausländische Arbeiter:innen beschäftigt, welche sich aufgrund ihres Status als Migrant:innen mit unsicherem Aufenthaltsstatus weniger gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren können.
-  **Täuschung über giftige Chemikalien**  
Arbeiter:innen werden nicht über die Gefahren der Chemikalien aufgeklärt, mit denen sie hantieren müssen. Sie können sich daher nicht richtig vor ihnen schützen, was zu einer großen Bandbreite an Schäden führen kann, welche mitunter erst verzögert auftreten.

## Gewerkschaften in der Elektronikindustrie

In der Elektronikindustrie ist nur eine kleine Minderheit der Beschäftigten Mitglied in unabhängigen, demokratischen Gewerkschaften. Noch weniger kommen in den Genuss von Tarifverträgen. Ohne Zugang zu beidem ist es für die Arbeitnehmer:innen schwieriger, sich gegen Missstände am Arbeitsplatz zu wehren, ihre Gesundheit und Sicherheit zu schützen und sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Die Elektronikindustrie ist für ihre harte Haltung und ihre gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten bekannt. Elektronikunternehmen haben verschiedene Strategien angewandt, um die Mitsprache der Arbeitnehmer:innen

einzu­schränken, was durch ihren Ansatz der Internationalisierung und der Auslagerung noch verstärkt wurde:

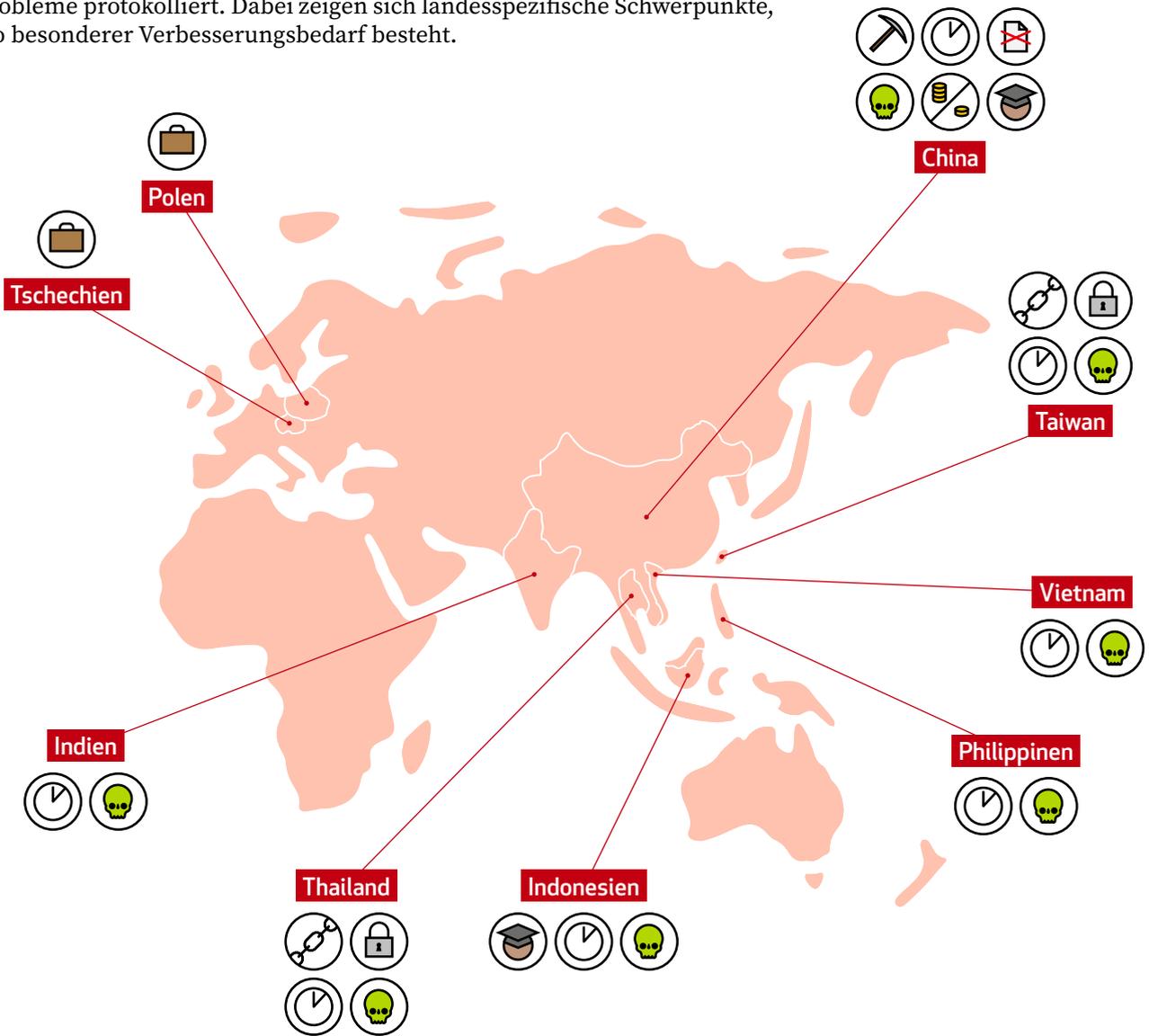
- Investitionen in Ländern, in denen die Vorschriften über die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen schwach sind
- Investitionen in Sonderwirtschaftszonen, in denen die bestehenden nationalen Vorschriften verwässert wurden
- Umzug in Länder, in denen die bestehenden Vorschriften zur Gründung von Geistergewerkschaften oder gelben Gewerkschaften unter

der Leitung des Managements genutzt werden können

- Arbeitnehmer:innen aktiv an der Gründung gesetzlich zugelassener Gewerkschaften hindern
- Entlassungen, Degradierungen, Versetzungen, Nichtgewährung von Prämien, wiederholte Verlängerungen von kurzen oder befristeten Verträgen von gewerkschaftlich aktiven Arbeiter:innen – in Extremfällen kommt es auch zu Einschüchterungen und Morden an Gewerkschaftsmitgliedern

# Landesspezifische Probleme

Electronics Watch hat unter anderem durch Interviews mit Arbeiter:innen in der Elektronikindustrie eine Reihe unterschiedlicher arbeitsrechtlicher Probleme protokolliert. Dabei zeigen sich landesspezifische Schwerpunkte, wo besonderer Verbesserungsbedarf besteht.



## Ungesunde Arbeitsbelastung

Überlange Arbeitszeiten sind ein generelles Problem in der Elektronikindustrie. Arbeitnehmer:innen sind oft auf Überstundenzuschläge existentiell angewiesen. Das führt zu einem erhöhten Risiko von Arbeitsunfällen, da müde Arbeitnehmer:innen eher zu Fehlern neigen oder Sicherheitsmaßnahmen außer Acht lassen. Unter extremen Bedingungen sterben Arbeitnehmer:innen an den Folgen von Überarbeitung.

## Giftige Chemikalien

Es werden in der Elektronikindustrie Tausende von Chemikalien bei der Herstellung von Werkstoffen und Bauteilen sowie beim Zusammenbau von Produkten verwendet. Diese Chemikalien können explosiv, giftig oder ätzend sein und die Haut, die Atemwege, das Fortpflanzungssystem und das zentrale Nervensystem angreifen. Einige sollten überhaupt nicht verwendet werden, während andere nur mit umfangreichen Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer:innen und der Umwelt eingesetzt werden sollten. Leider fehlt es manchmal an solchen Maßnahmen. Die Beschäftigten sind dann giftigen Stoffen und deren Dämpfen ausgesetzt, was zu Krankheiten und sogar zum Tod führen kann.

# Was tun?

## Öffentliche Auftragsvergabe als treibende Kraft einer Verbesserung

Öffentliche Beschaffer:innen kaufen einen großen Teil der weltweiten Elektronikproduktion ein und haben deshalb eine große Macht am Markt. Diese kann genutzt werden, um einen Wandel hin zu faireren Arbeitsbedingungen voranzubringen. Durch konsequente Kooperation können öffentliche Beschaffer:innen den Markt gestalten, indem sie von Unternehmen die Umsetzung sozialer und ökologischer Standards einfordern und die Ergebnisse kontrollieren.

## Verpflichtung zur Beschaffung unter Berücksichtigung von Menschenrechten

Auch die Verpflichtung der Staaten, das öffentliche Beschaffungswesen als Motor für die Menschenrechte zu nutzen, wird immer deutlicher. Die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte (2011)<sup>1</sup> befassen sich speziell mit dem Beschaffungswesen und empfehlen, dass „die Staaten die Achtung der Menschenrechte durch die Unternehmen, mit denen sie geschäftliche Transaktionen durchführen, fördern sollten“. Das Ziel 12.7 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen<sup>2</sup> fordert eine nachhaltige öffentliche Beschaffung. Die Richtlinie 2014/24/EU<sup>3</sup> über die öffentliche Auftragsvergabe stellt erstmals soziale und ökologische Kriterien gleichberechtigt neben Transparenz, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung. Die Beschaffungspolitik der Europäischen Kommission empfiehlt eine stärkere Nutzung innovativer, grüner und sozialer Kriterien.<sup>4</sup> Die OECD empfiehlt, die öffentliche Auftragsvergabe mit einem verantwortungsvollen Geschäftsgebaren zu verknüpfen<sup>5</sup>.

## Electronics Watch unterstützt innovative Beschaffung

Electronics Watch<sup>6</sup> ist eine unabhängige Monitoring Organisation, die Organisationen des öffentlichen Sektors dabei unterstützt, gemeinsam ihrer Verantwortung für den Schutz der Arbeitsrechte und der Sicherheit von Arbeiter:innen in der Lieferkette der Elektronikindustrie gerecht zu werden. Durch die



Kooperation mit Electronics Watch ist dies effizienter möglich, als es für einzelne Institutionen wäre.

Electronics Watch unterstützt seine Mitglieder durch:

- Beschaffungsinstrumente wie z.B. die Electronics Watch Vertragsklauseln und den Electronics Watch Leitfaden für Auftragnehmer:innen
- Arbeitsorientiertes Monitoring und Untersuchungen zur Einhaltung der Vorschriften in Fabriken durch unabhängige Partner-Organisationen aus den Produktionsregionen
- Berichte zu Risiken in den Lieferketten der Mitglieder und die Organisation der Kommunikation zwischen Lieferant:innen und Mitgliedern
- Maßnahmen zur Abhilfe bei Verstößen mit allen Interessenvertreter:innen und deren Umsetzung

## Konkrete Verbesserungen

Der Einsatz von Electronics Watch Mitgliedern und Monitoring Partnern bringt konkrete Verbesserungen. Beispiele hierfür sind:

- Es wurden Schritte eingeleitet, um Zwangsarbeit von Studierenden in einer Server-Fertigungsstätte in China zu beenden.
- In einer Druckerfabrik in Thailand wurden den Arbeiter:innen ihre Pässe und Vermittlungshonorare zurückgegeben.
- In einem Fertigungsbetrieb auf den Philippinen wurden Arbeiter:innen wieder eingestellt, die zuvor aufgrund von gewerkschaftlicher Organisation illegal entlassen wurden.
- In einem Fertigungsbetrieb in der Tschechischen Republik wurde für Leiharbeiter:innen eine garantierte Bezahlung während niedriger Produktionsperioden eingeführt.

## Fazit

Menschenrechtsverletzung und Umweltzerstörung entlang der Lieferkette von Elektronikprodukten sind vielfach dokumentiert. Es besteht ein großes Machtgefälle zwischen großen Unternehmen in den Industriestaaten und Arbeiter:innen im globalen Süden. Deswegen sind internationale Solidarität der Arbeiter:innen und eine Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht, welches Unternehmen zur Einhaltung von grundlegenden Menschen und Arbeitsrechten entlang ihrer Lieferkette verpflichtet, dringend und notwendig.

<sup>1</sup> UN Guiding Principles, page 8, chapter 6, [https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR\\_EN.pdf](https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf)

<sup>2</sup> Sustainable Development Goal 12, <https://sdgs.un.org/goals/goal12>

<sup>3</sup> Richtlinie 2014/24/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014L0024&from=DE>

<sup>4</sup> Europäische Kommission, „Strategie für das öffentliche Auftragswesen“, verfügbar unter [https://single-market-economy.ec.europa.eu/single-market/public-procurement\\_en](https://single-market-economy.ec.europa.eu/single-market/public-procurement_en)

<sup>5</sup> OECD, „Responsible business conduct in public procurement“, Juni 2017, verfügbar unter

<https://mneguidelines.oecd.org/Responsible-business-conduct-in-government-procurement-practices.pdf>.

<sup>6</sup> <https://electronicswatch.org>

# Weiterführende Informationen

## Report

„Bericht zu den Arbeitsbedingungen in der Elektronikindustrie“,  
Peter Pawlicki, Electronics Watch, Veröffentlicht: Jänner 2023



## Video Interviews



**Bruno Gentil Periera**  
Generalsekretär der Electronics Industry  
Employees Union Western Region Peninsular  
Malaysia – EIEUWRPM,  
Juni 2022



**Julius Caradang,**  
Philippinische Metallarbeiterallianz,  
Juni 2022



**Jessica Bonus,**  
Arbeiterin in der Elektronikindustrie  
auf den Philippinen,  
Juni 2022



**Mary Ann Castillo,**  
Präsidentin Nexperia Phils. Inc. Gewerkschaft,  
Juni 2022



<https://suedwind.at/e-produktion>

**Medieninhaber:** Südwind, Laudongasse 40, 1080 Wien, [www.suedwind.at](http://www.suedwind.at)

**Verantwortlich für den Inhalt:** Andreas Müller, René Schuster

**Förderhinweis:** Gefördert aus Mitteln des Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 der AK Wien.

**Fotos:** Südwind

**Layout:** Schafferhans GraphicDesign GmbH



### Impressum

Südwind setzt sich als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation seit über 40 Jahren für eine nachhaltige globale Entwicklung, Menschenrechte und faire Arbeitsbedingungen weltweit ein. Durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit, öffentlichkeitswirksame Aktionen, Kampagnen- und Informationsarbeit sowie die Herausgabe des Südwind-Magazins thematisiert Südwind in Österreich globale Zusammenhänge und engagiert sich für eine gerechtere Welt.